

Jede:r nur ein Kreuz

Es wird bald wieder still auf dem Campus. Seit dem 13. Dezember soll verstärkt auf Online-Lehre gesetzt werden, und dann naht auch schon die Weihnachtszeit und somit die jährlichen Winterferien. So klar sind die Vorgaben jedoch mal wieder leider nicht, und es wird eher für Verwirrung als für Klarheit gesorgt, und erneut weiß niemand so richtig ob es in der kommenden Woche noch so läuft wie in der aktuellen. Bevor es aber bis Januar ruhiger wurde, gab es noch ein großes, eigentlich ebenfalls jährliches Event. Das Studierendenparlament wurde gewählt! Auch hier machte die Pandemie sich jedoch klar bemerkbar. Details aus der Wahl, Ergebnisse und Eindrücke von den Urnen und Ständen der Listen bekommt ihr in dieser Ausgabe.

:Die Redaktion

DAS VERSAMMLUNGSGESETZ WURDE ÜBERARBEITET?

... doch das geht vielen noch nicht weit genug. Was ist passiert? Studentische Hilfskräfte und die anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienst?

4



DIE AMPEL STEHT

... wer in welches Ministerium gesetzt wird und worauf man sich geeinigt hat!

8



Alle Artikel und mehr im Internet unter:

Website: bszonline.de

Facebook: [bsz](https://www.facebook.com/bsz)

Twitter: [@bszbochum](https://twitter.com/bszbochum)

Insta: [@bszbochum](https://www.instagram.com/bszbochum)

IHR HABT ENTSCHIEDEN

Lang ist das letzte Mal her, und nun war es letzte Woche wieder so weit:

„Endlich wieder StuPa-Wahl! Geht wählen!“. So hallte es einem vom Repair Café neben der Unibibliothek entgegen, und es ist wahr, denn vom 6. bis zum

10. Dezember konntet Ihr sowohl das neue Studierendenparlament als auch den SHK-Rat wählen, zum ersten Mal seit zwei Jahren. Die Pandemie und besonders Meinungsverschiedenheiten zu einer sicheren Durchführung, Brief- oder digitaler Wahl hatten in der Zwischenzeit verhindert, dass ein neues Studierendenparlament gewählt werden konnte. Für nicht wenige Studierende war das die erste StuPa-Wahl, bei der sie wählen durften. Und damit das gut läuft, waren alle mit vollem Einsatz mit dabei.

Dass Wahl ist, war auf dem Campus nicht zu übersehen oder überhören. Neben dem eingangs erwähnten Ruf, den man oft beim Betreten des Geländes vernahm, mangelte es auch dieses Mal nicht an Plakaten und Infoständen. Während es auf ersteren vor allem knackige Wahlsprüche, Forderungen und Bilder von Kandidat:innen gab, gab es bei letzteren meist eher Glühwein und Waffel, sowie oft selbige Kandidat:innen – aber live. Dort konnte man sich jeweils von den verschiedenen Listen davon überzeugen lassen, warum man ihnen eine Stimme geben sollte. Auch hier lief natürlich alles irgendwie anders, die Masken blieben auf und Abstände mussten eingehalten werden. Aber Wahlkampf ist und bleibt Wahlkampf. An den Ständen lief es zwar entspannt, aber das war nicht unbedingt Grund zur Freude, denn einen

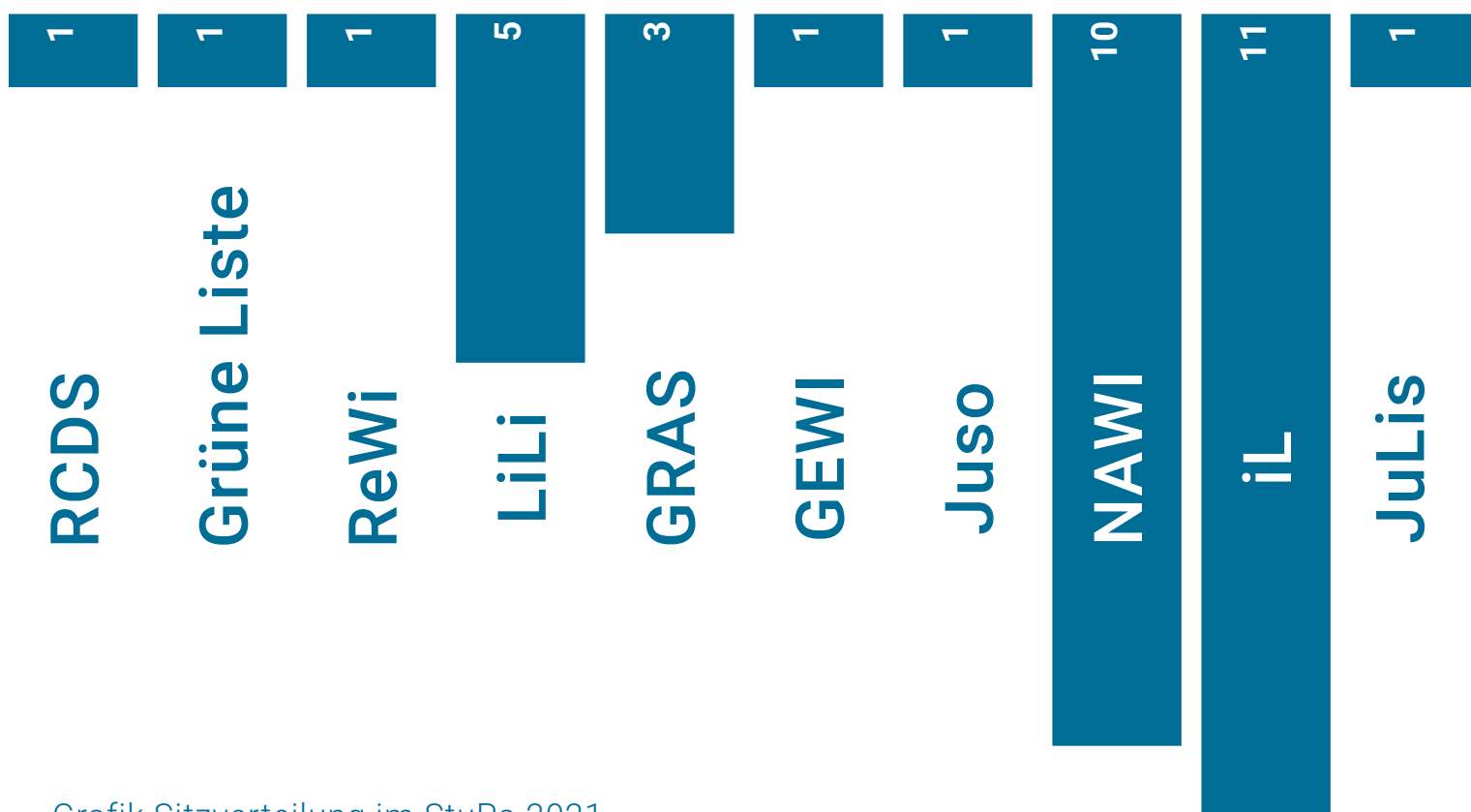
Eindruck schienen alle zu teilen: es war deutlich weniger los. Bei der

Liste GeWi vermutete man eine gewisse Desensibilisierung für Hochschulpolitik, seit das Campusleben teils komplett eingeschränkt war. Wahlleiter und Fraktionsvorsitzender der Grünen in Bochum Sebastian Pewny machte jedoch klar: „Es ist besser als befürchtet“. Denn auch wenn die Zahlen niedriger sind als bei den letzten Wahlen, müsse man sich vor Augen führen, dass die Rückkehr in die digitale Lehre bereits voranschreitet, und immer weniger Studierende auf dem Campus sind. Dass endlich wieder gewählt werden konnte, sei erfreulich, und in Kooperation mit der Uni hat man dafür gesorgt, dass auch alles sicher von statten gehen kann. Ein umfangreiches Hygienekonzept war im Einsatz: Auf Abstände wurde geachtet, eigene Stifte sollten für das Ankreuzen benutzt werden, und Desinfektionsmittel war an allen Wahlurnen vorhanden. FFP2-Masken wurden außerdem an alle Wahlhelfenden ausgegeben, und um bei der Wahl zu helfen, musste ein 3G-Nachweis vorgezeigt werden. „Die Wahlhelfer:innen sind jedoch sogar alle immunisiert“, so Pewny. Damit alles glatt läuft, wurden dieses Jahr 64 Personen als Wahlhelfer:innen eingestellt, 20 mehr als bei der letzten Wahl. So konnten trotz Ausfällen, und insgesamt 6 Corona-Fällen – jedoch ohne Kontakt zu anderen Wahlhelfer:innen – stets alle Urnen besetzt werden. Mit 260 Anmeldungen zur Briefwahl übertraf man auch alle Zahlen aus den Vorjahren. Die üblichen Probleme, wie nicht oder zu spät erhaltene Dokumente, traten zwar auf, jedoch wurde es allen ermöglicht, auch vor Ort zu wählen. Am Samstag wurden die Stimmen dann ausgezählt, und nach einem holprigen Start und einigen Verzögerungen und einer wohlverdienten kurzen Pizza-Pause für alle Beteiligten gab es gegen 17 Uhr das vorläufige Ergebnis der Wahl – welches aktuelle Machtverhältnisse festigte und eine Schlappe für die Opposition war:

Stärkste Kraft ist die Internationale Liste mit 11 Sitzen, dicht gefolgt von der Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure mit 10. Die Linke Liste kann 5 Sitze vorweisen, die Grünen & Alternativen Student:innen 3. Rechtswissenschaften, Geisteswissenschaften, RCDS, Grüne Liste und Jusos sowie JuLis bekommen voraussichtlich jeweils einen Sitz.

Welche Gründe es für dieses Ergebnis geben könnte, wie die Listen dazu stehen und was sich in Zukunft ändern könnte und muss, werden wir für euch nach den Winterferien aufschlüsseln.

Bild und Text :Jan-Krischan Spohr



Grafik Sitzverteilung im StuPa 2021

An der Uni wurde gewählt. Wie eine StuPa-Wahl unter Pandemiebedingungen aussieht, welche Probleme es gab, und wie es lief.



DIE WAHLBETEILIGUNG

Hochschulpolitik – StuPa-Wahl 2021

Nach dem Drama ob und wann gewählt wird, ist nun endlich die Wahl vollbracht. Was alles bis zur Wahl geschehen ist und ein paar Statements der Listen, könnt Ihr hier nachlesen.

Wir konnten ein paar Statements von Parteien erhalten, die wir hier mit Euch teilen wollen. Es wurde gefragt, ob sie sich zur Wahl, Wahlbeteiligung und zum Ergebnis positionieren wollen. Auch zum Wahlweg hatten sie Stellung nehmen können.

Zunächst ein großes Dankeschön an alle Wählenden, die (wieder) ihr Vertrauen in uns, als parteiunabhängige und pragmatische Liste, gesteckt haben. Wir freuen uns unfassbar über die Unterstützung unserer Projekte, unserer offenen, wissenschaftlich orientierten Werte sowie die Möglichkeit zum Erfüllen unserer gesetzten Ziele. Als sich die pandemische Lage zuspitzte, waren wir besorgt über die Wahlbeteiligung, die sonst leider schon nur einen Bruchteil der Studierendenschaft ausmacht (8-10 Prozent), vor allem in Verbindung mit der daraus resultierenden hohen Anzahl und Steigerung an digitalen Veranstaltungen. Wir haben koalitionsübergreifend dadurch zusätzlich für die Briefwahl geworben. Äußerst positiv ist die Steigerung der Wahlbeteiligung von den Sportlern um 10 Prozent, welches sich auf die zusätzliche Urne am Gesundheitscampus zurückzuführen lässt. Wir hoffen zukünftig durch das angestrebte ortsunabhängige Wählen die Beteiligung erhöhen zu können. Allgemein hätten wir uns jedoch darüber gefreut, wenn die Wahl von Seiten der Universität stärker beworben worden wäre, um noch mehr Studierende erreichen zu können. Trotz allem waren wir positiv überrascht über die Anzahl der Studierenden, die wir an unseren Ständen am Campus angetroffen haben und über die Wahl informieren sowie zur Beteiligung bewegen konnten. Gerade mit den vielen Erstsemestern (und Erst-Campusgängern) in sicheren Kontakt treten zu können und die Hochschulpolitik näher bringen zu können sehen wir als großen Erfolg an. Abschließend lässt sich sagen, dass wir mit 10 Personen im Studierendenparlament vertreten sein werden und weiterhin unser Bestes geben, die Meinungen und Interessen aller Studierenden zu vertreten.

NaWi

Erst gab es ein langes Hin und Her. 2020 kam die Corona-Hochschulverordnung von der Landesregierung, sodass der AstA die Wahl des StuPa verschieben konnte. Ob und wie gewählt werden könnte, sollte durch den Wahlausschuss und den Satzungsausschuss gehen. Die Opposition schlug vor, eine Briefwahl zu machen, doch das wurde aus mehreren Gründen abgelehnt. Zum einen war das Argument der Wahlbeteiligung vorgebracht worden, wogegen Beispiele wie das aus Wuppertal gebracht wurden. Dort gab es bei einer reinen Briefwahl eine Beteiligung von 12,57 Prozent an einer Uni,

Was vorher abging bei der Wahl

die halb so groß ist wie die RUB. Die Wahlbriefe an alle rauszuschicken wurde als unfinanzierbar abgetan. Es gab noch das Argument, es sei undemokratisch, was die Geister offensichtlich gespalten hat.

Dann wurde vorgeschlagen die Wahl auf das Sommersemester zu verschieben. Hätte man dort Wahlen gemacht, wäre die eigentliche Amtszeit, die auf ein Jahr festgesetzt ist, schwer umzusetzen gewesen. Dazu sagte der Satzungsausschuss, dass das schwierig sei. Jetzt haben die Unis aktuell geöffnet und eine Kombination aus Brief- und Urnenwahl konnte endlich stattfinden. Ob das der Wahlbeteiligung nun gutgetan hat, wird wohl niemand sicher beantworten können. Aber ein Ergebnis von 6,80 Prozent liegt im Vergleich gar nicht so schlecht dar.

Internationale Liste (iL)

Auch wenn wir uns grundsätzlich eine höhere Wahlbeteiligung wünschen, sind wir doch froh darüber, dass im aktuellen Hybrid-Semester nicht ganz so wenige Menschen wählen waren, wie wir anfangs befürchteten. Die Wahlbeteiligung ist zwar gesunken, aber sie hat sich nicht etwa halbiert. Wir haben auch festgestellt, dass die Leute, die trotz Pandemie auf dem Campus unterwegs waren, im Durchschnitt auch empfänglicher für hochschulpolitische Themen waren. Wir fühlen uns auch bestätigt in unserer bisherigen Meinung, dass eine reine Briefwahl keine gute Alternative zur Urnenwahl gewesen wäre. Zwar haben in diesem Jahr sehr viel mehr Studierende eine Briefwahl beantragt als sonst, aber nur etwa die Hälfte der Unterlagen kam auch pünktlich wieder zurück. Wir von der iL haben von diesen gültigen Briefwahlstimmen ca. 60% für uns gewinnen können. Wir würden also sehr wahrscheinlich von einer reinen Briefwahl profitieren, jedoch ist uns eine höhere Wahlbeteiligung und damit eine stärkere demokratische Legitimität sehr viel wichtiger, als unsere individuelle Position zu stärken.

GRAS

Die StuPa-Wahl 2021 ist ausgezählt und wir möchten uns bei allen bedanken, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben. Dennoch wollen wir nichts beschönigen: Die GRAS ist deutlich unter ihren Möglichkeiten geblieben. Wir haben hart verloren und sind im zukünftigen StuPa nur mit 3 Parlamentarier*innen vertreten. Dieses Wahlergebnis macht eine schonungslose Analyse unumgänglich. Wir werden herausarbeiten, wo die Defizite der Kampagne und der Wahlkampfstrategie lagen. Ein Gutes hatte die Wahl für die Studierendenschaft der RUB aber: Sie konnte reibungslos vonstattengehen und wurde überhaupt durchgeführt; dies war nach der zweimaligen Verschiebung nicht selbstverständlich. Daran war die GRAS maßgeblich beteiligt. Trotzdem ist dies ein schlechter Tag für die Klimagerechtigkeit. Wir werden unserer Pflicht als Opposition natürlich nachkommen, das sind wir unseren Wähler*innen schuldig, denn sie verlangen, dass wir uns weiterhin für unser Werte wie Klimagerechtigkeit und Queerfeminismus einsetzen. Wir gratulieren den anderen Listen zu ihrem Erfolg und hoffen, dass sie eine gute Hand beim Führen des AstAs beweisen. Um es mit Ben Parker zu sagen: „Aus großer Macht, folgt große Verantwortung.“

In NRW nichts Neues

Die Überarbeitung des Versammlungsgesetzes für NRW ist vielen nicht genug, und es werden weiterhin starke Einschnitte in die Versammlungsfreiheit befürchtet.

Seit einer Reform im Jahre 2006 ist das Versammlungsrecht nicht mehr auf Bundesebene geregelt, sondern Sache der Länder. Nach und nach ersetzten manche Bundesländer daraufhin das zunächst weiterhin gültige Versammlungsgesetz des Bundes durch ein eigenes. So war es nun auch länger in NRW geplant, und seit Januar 2021 gibt es einen Gesetzentwurf der schwarz-gelben Landesregierung. Bereits vorher gab es Aussagen des Innenministers Herbert Reul: So sollte zunächst, ungeachtet der Pandemielage, das Tragen von Mund-Nasen-Schutz

als Vermummung gelten, und die Versammlungsfreiheit als verfassungsrechtliches Privileg auf den Prüfstand gestellt werden, wie das Innenministerium in verschiedenen Erlassen und Briefen äußerte. Außerdem gab es einen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, dessen Ziel es war, Naziaufmärsche an Gedenktagen für die Opfer des Nationalsozialismus einfacher untersagen zu können.

Der Gesetzesentwurf, den die Landesregierung vorlegte, war gegenüber dem Bundesgesetz eine starke Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Bisher übliche, sogenannte „Gegendemonstrationen“ – meist gegen rechtsradikale Demos – sollten demnach in Zukunft untersagt werden. Auch eine unklare Definition von „Uniformierung“, welche verboten werden sollte, führte zu Unmut, da unter diesen Begriff selbst Pfleger:innen, die in Arbeitskleidung demonstrieren, oder Fußballfans kriminalisiert würden. Seitdem der Entwurf vorgelegt wurde, gibt es immer wieder NRW-weite Proteste mit hunderten bis tausenden Teilnehmenden gegen das Gesetz, auf die oft mit massiver Härte und Gewalt seitens der Polizei, gegen Teilnehmende aber auch Journalist:innen, reagiert wurde. Auch andere Parteien, Nichtregierungs-Organisationen und Gewerkschaften übten harte Kritik an dem Entwurf. Nach einer Demonstration im Juni distanzieren sich Teile der NRW-FDP vom Entwurf, und eine Überarbeitung wurde angekündigt. Der Änderungsantrag wurde nun am 6. Dezember gestellt, nachdem die Abstimmung über das Gesetz bereits in die Zeit nach der vergangenen Bundestagswahl gelegt wurde.

Gegendemonstrationen werden im neuen Entwurf vom „Störungsverbot“ nach §7 explizit ausgenommen. Das

„Militanzverbot“, was auch Uniformen verbot, wurde ganz gestrichen und durch ein „Gewalt- und Einschüchterungsverbot“ ersetzt. Auch bei Anmeldefristen, Spontandemos, dem Filmen und Fotografieren von Demos durch die Polizei, und vielen anderen Themen, wurde das Gesetz geändert. Demonstrationen auf Autobahnen wurden wiederum pauschal verboten. SPD und Grüne bezeichneten viele der Änderungen als „kosmetisch“ und lehnten den Entwurf weiterhin ab. Auch andere Organisationen üben weiter Kritik: Das *Komitee für Grundrechte und Demokratie* bezeichnete auch den neuen Entwurf als „undemokratisch“, und das Bündnis „Versammlungsgesetz NRW stoppen“, welches viele der Proteste gegen das Gesetz mitorganisierte, bleibt bei seiner Ablehnung des Gesetzes. Grob heruntergebrochen wird das Gesetz oft als „Versammlungsverhinderungs-Gesetz“ bezeichnet, welches eine enorme, abschreckende Wirkung haben soll, und gleichzeitig polizeiliche Befugnisse stark ausweitet und schlussendlich die Versammlungsfreiheit – auch durch den Wortlaut des Gesetzes, nicht nur durch die Paragraphen selbst – eher als eine Gefahr für die Gesellschaft, statt als Grundrecht darstellt, auch durch Vergleiche von aktuellen Protesten mit „Weimarer Verhältnissen“. Ein Vergleich, der durchaus als Gleichsetzung von Klimaprotesten mit der Gewalt der faschistischen SA/SS gelesen werden kann, so auch die Meinung von Verena Schäffler, Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Landtag. Auch deshalb gab es am vergangenen Mittwoch, dem 8. Dezember, auch wieder eine Demonstration vor dem Landtag, nachdem am vorherigen Wochenende dezentrale Aktionen in verschiedenen Städten in NRW stattfanden. Bereits am 15. Dezember könnte das Gesetz erlassen werden, und das Protestbündnis hat angekündigt weiterhin Druck zu machen und auch juristische Schritte einzuleiten. Mit dem Versammlungsgesetz hätte NRW eine der striktesten, wenn nicht die strikteste Regulierungen der Versammlungsfreiheit in ganz Deutschland.

Jan-Krischan Spohr

DORTMUNDER MOSCHEE GESCHÄNDET

Unbekannte haben an einer Moschee in Dortmund einen Schweinekopf deponiert. Derlei Taten sind Alltag in Deutschland.

In der Nacht zum Sonntag hat ein Unbekannter einen Schweinekopf am Eingangstor der Selimiye Moschee im Dortmunder Stadtteil Eving befestigt. Der Kopf wurde am nächsten Morgen von einem Kind aus der Gemeinde entdeckt. Der Vorstand der Gemeinde sprach von einer „widerlichen rassistischen Tat“, von der man sich aber nicht einschüchtern lasse. Wie im Judentum, so gilt auch im Islam das Schwein bekanntlich als religiös unrein. Neben der Polizei, die derzeit Zeug:innen sucht, ist auch der Staatsschutz aktiv geworden, der bei Vergehen ermittelt, bei denen ein politischer Hintergrund vermutet wird. Der mutmaßliche Täter ist zwar auf einer Überwachungskamera der Moschee zu sehen, wegen der Dunkelheit zum Tatzeitpunkt aber wohl kaum zu identifizieren. Auf dem Video soll zu sehen sein, wie er mit dem Schweinekopf posiert und Selfies schießt. Laut Polizei „liegt der Verdacht der Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“ vor. Ermittelt wird wegen „Beleidigung“ und „Störung des öffentlichen Friedens“, nicht aber wegen „Volksverhetzung“. Rassismus ist in der Bundesrepublik ohnehin kein Straftatbestand.



Der Fall in Dortmund reiht sich ein in eine lange und anhaltende Kette von rassistischen Angriffen und Übergriffen gegen Muslim:innen und ihre Präsenz in Deutschland. Offiziell erfolgten allein 2020 mehr als 900 Angriffe auf Muslim:innen und Moscheen, also zwei bis drei pro Tag. Damit liegt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich weit vorn. Insbesondere was die Zahl der physischen und verbalen Übergriffe angeht von der Beleidigung über Anrempeln bis hin zum

Anspucken, massiven körperlichen Angriffen oder Versuchen, Frauen das Kopftuch herunterzureißen, dürfte es indes eine extrem hohe Dunkelziffer geben. Vor allem weil die Opfer derlei Attacken meist nicht anzeigen, aber auch weil sie von den Beamten häufig nicht ernstgenommen werden. Darüber hinaus lässt sich alltägliche Diskriminierung auf der Straße, in der Schule, beim Einkaufen oder bei der Arbeit quantitativ schwer messen. Als erstes Todesopfer dezidiert antimuslimischer Gewalt in Deutschland gilt Marwa El-Sherbini, die 2009 in Dresden wegen ihres Kopftuchs erstochen wurde. Allerdings hängen antimuslimischer, antitürkischer und antiarabischer Rassismus eng zusammen und lassen sich häufig kaum trennen. So werden auch die zahlreichen Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, in denen heute vor allem Menschen aus mehrheitlich muslimischen Ländern leben, von vielen genauso als – unter anderem – antimuslimisch-rassistisch gewertet, wie der NSU-Terror oder die Anschläge von Hanau und Halle.

Bild und Text :Leon Wystrychowski

DIE ENTSCHEIDUNG NAHT

Das Stück „The Last Minutes Before Mars“ beschäftigt sich mit der Frage, wie wir jetzt auf dem Mars leben wollen würden. Doch wollen wir das überhaupt? Es ist ein Stück vom Jungen Schauspielhaus und spielt im Theaterrevier.

Das Theaterrevier beherbergt auch gerade eine Ausstellung von Sophia Profanter und Pauline Weeke, welche sich mit der Unendlichen Geschichte beschäftigt und maßgeblich für die Kostüme im gerade im Schauspielhaus laufenden und gleichnamigen Stück ist. Hier kann man warten, bevor es losgeht mit der Aufführung und sich mit den Zeichnungen die Zeit vertreiben, was ein schöner Einstieg ist.

Man wird gebeten in die Halle der Zeche einzutreten und sich auf einen Stuhl zu setzen. Die 12 Sitze sind alle mit VR-Brillen ausgestattet, die einen großen Teil der Aufführung einnehmen. Das Szenario ist folgendes: Der Erde geht

es schlecht und dafür braucht man noch keine Fantasie. Doch die Zuschauer:innen sind zufällig ausgewählt worden, an einer Mission teilzunehmen, dessen Ziel es ist, den Mars zu besiedeln. Dazu müssen einige Sachen geklärt werden und das natürlich in der Gruppe, also wird auch das Publikum in die Entscheidungen mit eingebunden. Was wollen wir mitnehmen? Was nicht? Was machen wir zum Beispiel mit Waffen, Autos oder dem Internet? Wenn wir eine Sache aus unserem Besitz mitnehmen könnten, welche wäre das?

Dann wird auch an das Gute auf der Erde erinnert in sehr persönlichen VR-Aufnahmen. Jeder Mensch kann die Brille aufsetzen und die kleinen Dinge der Schauspieler:innen kennenlernen, die sie vermissen werden. Das geht unter die Haut. Außerdem sollte man die Crew, mit der man die Reise angeht, wohl genug kennen und so lernt man ein wenig das Publikum neben sich kennen. Man erzählt aus dem eige-

nen Leben und erklärt die eigenen Schwächen und Stärken.

Das Bühnenbild besteht aus einer kleinen erhöhten Ebene, wo die Schauspieler:innen drauf Platz genommen haben. Von dort aus sieht man einigen ins Gesicht und manche sieht man von hinten. Ein paar von ihnen haben Ganzkörperanzüge an und gehen um diese Ebene herum. Sie geben Anweisungen und fragen das Publikum die Fragen. Von der Decke hängen leuchtende Bänder. Die Atmosphäre des Bühnenbildes ist spacig und irgendwie irdisch zugleich. Doch in diesem Stück reicht es nicht aus, nur die Bühne zu beschreiben, denn man verbringt viel Zeit in der Virtual Reality. Es gibt Regler, sodass jeder Mensch individuell einstellen kann, wie laut man hören und scharf man sehen kann, sodass es selbst mit Brille kein Problem gibt (glaubt mir). Es wurden viele Einstellungen mit einer 360 Grad Kamera gedreht, sodass man sich schön mit dem Drehstuhl hin und her bewegen kann, um alles aufzunehmen. Dabei sieht man sehr viele private Aufnahmen der Schauspieler:innen in persönlich intimen Momenten. Die Auswahl wurde selbst getroffen und hat daher einen immer wieder eigenen Charakter. Die Aufnahmen sind in guter Qualität und angenehm zu beobachten.

Die Schauspieler:innen sind Nana Adutwum, Lynn Dokoo-haki, Joanna Gawor, Eeske Hahn, Christopher Rocholl, Emma Rose, Pascal Ulrich, Sonja Vallot. Die Regisseur:innen sind Darren O'Donnell, Jana Eiting und in der Assistenz Pauline Weeke.

Was ist das Fazit? Die Schauspielerische Leistung kommt zwar insgesamt nicht an eine der Aufführungen im Schauspielhaus ran, aber darum geht's auch nicht. Es ist eine persönliche Einsicht und eine angeregte Stimmung, was sehr rund von der Bühne geht. Vor Allem ist es ehrlich und immer wieder eine neue Erfahrung, je nach Publikum und je nach den Antworten der Schauspieler:innen. Es ist eine spannende Frage, der nachgegangen wird und eine wahn-sinnig schöne Umsetzung.

:Lukas Simon Quentin

DAS MÄRCHEN VOM ERBGUT

In „House of Gucci“ wird die Absurdität von Familiendynastien in der Geschäftswelt auf die Spitze getrieben.

Die wahre Geschichte rund um den Gucci-Erben Maurizio und seine Frau Patrizia Reggiani schrie förmlich nach einer Verfilmung, denn die Familientragödie liest sich selbst schon wie ein klassischer Hollywood-Film. Mit Ridley Scott hat sich nun einer der alten Meister an den Stoff gewagt und sich mit der Adaption des 2001 erschienenen Sachbuches „GUCCI: Mode, Mord und Business“ von Sara Gay Forden eindringlicher mit der Oberflächlichkeit der Modewelt befasst als so manch jemandem lieb war. Dass die echten Gucci-Erben sich nun in einem offenen Brief lauthals über ihre verletzte Ehre beschwerten, zeigt, dass der Film wohl einen wunden Punkt getroffen hat.

Ridley Scott erzählt auf ausschweifende und dennoch kurzweilige Weise die Geschichte des luxuriösen Modehauses zwischen den Siebziger- und Neunzigerjahren. Adam Driver und Lady Gaga spielen herausragend das Ehepaar, das sich darum bemühte, das geschäftliche Erbe von Großvater Guccio Gucci zu kontrollieren. Doch auch andere Familienmitglieder hatten jahrzehntelang ihre Finger im Spiel, weshalb sich ein innerfamiliärer Machtkampf ausbreitete, der an Filme

von Scorsese oder Coppola denken lässt. Mythen ranken sich um die Gründung des Modeimperiums, die von einer Tradition erzählen, die bis ins Mittelalter reichen soll, doch es wird aufgeklärt, dass die Marke in diesem Jahr erst ihren 100. Geburtstag feiern durfte. Die anmutige Erscheinung der Guccis soll mit einem Adel verwechselt werden, der nie existierte, sondern lediglich auf dem Geschick und Talent von Guccio Gucci beruht. Während das Aufkeimen der jungen Liebe, mit der die Einheirat der bürgerlichen Reggiani in das Geschäft verbunden war, sowie auch ihr Zusammenbruch gezeigt werden, wird deutlich, wie obskur es ist, dass die Erben dieser Dynastie mit so wenig Talent über so viel Geld und Macht verfügen dürfen. Das romantische Bild des gemeinschaftlich geführten italienischen Familienunternehmens ist angesichts des auch in der Toskana längst eingefallenen globalen Kapitalismus vollkommen aus der Zeit gefallen. Die geschäftliche und kreative Unfähigkeit der Familienmitglieder, die sich mit einer Schar von Berater:innen umgeben muss, wird teils hämisch zur Schau gestellt.



Dennoch zeigt der Film etwas Mitleid mit den unbeholfenen Guccis, die allesamt nach und nach aus ihrem eigenen Unternehmen geschleust werden, um durch Geschäftsmänner ersetzt zu werden, die zwar nichts von ihrem Stil haben, aber ihr Handwerk verstehen. Wenn Maurizio mit seinen ausländischen Partnern am Tisch sitzt, die das zarte Fleisch der toskanischen Rinder genießen, zerbricht seine sonst so stabile Fassade und sein offener Hass gegenüber den Vertretern des neuen Reichtums zeigt sich. Scott gelingt es die edle Oberfläche von Gucci in entsprechend extravaganten Bildern zu zeigen und ihre Schönheit zu würdigen. Eine Huldigung bleibt jedoch aus, wenn der Blick hinter die Kulissen durch die kalten Kalkulationen des Profits den Glanz der Luxusmarke beschmutzen. Es herrscht Uneinigkeit darüber, was Gucci verkörpern soll: Luxus oder Gewöhnlichkeit? High Society oder Bürgertum? Innovation oder Profit? Man sollte sich nicht von den aufgesetzten Akzenten abschrecken lassen, die Super Mario-Assoziationen verursachen und sich im Zweifel lieber mit der synchronisierten Version begnügen. Denn hier ist ein tiefgründiger Film über die Welt der Oberflächlichkeit gegückt.

:Henry Klur

Ich wünsch Dir einen Virus

Kommentar



Corona die Siebte! Während wir es nicht hinbekommen, trotz vorhandenem Impfstoff die Bürger:innen ans Impfen zu bekommen, sind am Ende doch die Afrikaner:innen schuld! Der Reiche-Arme-Kontinent wird wegen Omikron abgeschottet und unsere Medien schüren ein grässliches Narrativ!

Ich nehme Euch mal zurück in die Zeit! In eine Zeit, wo der weiße Mann nicht nur die Welt erkundete, sondern auch seine Krankheiten verbreitet hat! Das geht schnell und dann sprechen wir in einer Pandemie nicht mehr vom Coronavirus, sondern auch mal gerne von der indischen Mutante oder der Südafrikavariante. Alles nach dem Motto wir waren es nicht! Während wir hier in Panik verfallen, herrscht in Südafrika eine Gelassenheit, denn Stand jetzt heißt es von den Ärzten, dass die meisten Fälle milde verlaufen. Überhaupt scheint es so, dass dieser Kontinent ganz anders mit diesem Virus umgehen kann. Bisher wissen die Mediziner:innen nicht, ob es an den Temperaturen liegt oder ob es doch was anderes ist. Aber es geht hier um etwas anderes! Als südafrikanische Forscher:innen die Omikron Variante entdeckten, war für viele andere Länder klar, dass ist jetzt ein Hochrisikogebiet! Aber nicht so eins, wo man noch hinfliegen kann, sondern eins, dass wir von der Welt abschotten müssen. Währenddessen wurden Infektionen mit der Omikron-Variante schon in europäischen Ländern entdeckt und

diese wurden nicht abgeschottet. Natürlich, weil das auch Sinn macht! Als südafrikanische Forscher:innen ihren Unmut über die verzerrte Berichterstattung klar machten, gab es ein leichtes: „Wir können sie da ja auch irgendwie verstehen!“ Man hätte auch die gute Arbeit der Forscher:innen herausstellen können, das wäre aber zu viel des Guten! Zu groß die Angst vor dem südafrikanischen Virus! Also lasst uns Angst verbreiten! Zeigt arme Schwarze Menschen als Symbolbild, wie sie leiden und am besten noch mit Bantu Knots. Ein natural Hairstyle, wo die Haare zu kleinen Ballen gewirbelt werden und es fast aussieht als wären diese Ballen die Spikes des Virus! Fantastisch! Mehr davon! Gibt es noch was aus der Kultur, dass wir nutzen können, um das Weltbild zu verzerren? Bestimmt! Es reichte ja nicht, dass schon asiatisch gelesene Menschen aufgrund dieses Virus diskriminiert wurden, lasst uns das nun mit den Schwarzen gleich tun! Das Narrativ der privilegierten Welt ist einfach: Alle anderen haben die Seuche, wir nicht! Da ist es auch einfach schöner, wenn man SÜDAFRIKA in Caps schreibt, denn das macht die Gefahr des Eigentlichen für die Leser:innen realer! Lasst uns das gepaart mit super krassen Bildern zeigen, die leidende Menschen zeigen, Schocker, eben!

Im Jahr 2021 sollten wir es vermeintlich besser wissen, aber unser Rassismus hat sich strukturell verankert. Auf der Welt machen sie Witze über den deutschsprachigen Raum, weil wir es nicht gebacken bekommen, Menschen



vom Impfen zu überzeugen und schauen gleichzeitig mit ihrem White Saviour Complex in die „Dritte Welt“ und jammern darüber rum, dass so wenige dort geimpft sind. Denken aber nicht darüber nach, dass die reichen Länder schon boostern und dass die Angst vor Medikamenten-Versuchen an Schwarzen Menschen immer noch groß ist! Unser hoch gelobter Robert Koch, der war auch in Afrika und hat diese Menschen wie Laborratten behandelt. Aber davon wollen wir ja nichts wissen. Es ist viel einfacher mit dem Finger auf etwas zu zeigen und die Grenzen hochzufahren. Und das macht zum Beispiel Ghana! Einreise nach Ghana ist nur noch für Geimpfte möglich. Das gefällt mir, denn im Dezember wird dort gut gefeiert, Festival Season ist on fire! Und warum sollte sich ein Land, das weniger Impfkapazitäten hat, die Rotze von Europäer:innen oder Amerikaner:innen ins Land holen? I don't know about you, aber dieses zweierlei Maß nervt nur noch und zeigt wieder einmal, dass Menschen aus Ländern, die ja so „exotisch“ sind, nicht über sich selbst bestimmen können oder dürfen. Denn auch wenn bei uns im schicken Europa - gar im königlichen Deutschland, die Krankenhäuser an die Grenze kommen, werden wir nicht abgeschottet oder stehen auf roten Listen! Dort stehen Länder wie Angola, Botswana, Lesotho, Nigeria, Südafrika und so weiter. Sind wir wirklich „besorgt“? Dann sollten die europäischen Diplomaten „ihr Virus“ bei sich behalten, weniger Reisen und die Impfstoffpatente aufheben! Aber über arme Afrikaner:innen unreflektiert zu richten ist und Mythen zu erzählen ist einfach einfacher!

Bild und Text :Abena Appiah

Geheiligt sei der Konsum

Kommentar



Weihnachten steht vor der Tür! Und Festtage bedeuten...? Ja, richtig! Kaufen, Kaufen und Kaufen, was das Zeug hält!

Noch ein bisschen weniger als zehn Tage und es ist endlich wieder soweit! Das größte Fest der Christ:innen steht an und Partylöw:innen, Familien, von der christlichen Kultur geprägte Personen und natürlich auch Gläubige kommen zusammen, um die Geburt Jesus' zu feiern. Und zwar mit ganz vielen Geschenken. Nicht für Jesus, und auch nicht im Sinne Jesus' für die Armen und Bedürftigen, nein, sondern für Opa Hans, der unbedingt das neue iPad braucht, damit er seine Zeitung ganz fancy über eine App lesen kann. Dass Opa Hans ein iPad lieber als

Esstablett nutzt, ist am Ende auch egal. Der Konsum in der (Vor-)Weihnachtszeit ist immens. Das fängt schon mit den Weihnachtsmärkten an: gut besucht und überteuert präsentieren sie sich ganz im Sinne der Geldmacherei, wobei – und hier muss ich die Weihnachtsmärkter:innen in Schutz nehmen – es ja noch sehr verständlich ist, dass sich über den Zauber des Weihnachtsmarktes, auf den wir jetzt so lange verzichten mussten, gefreut wird. Da wird immerhin lokal Geld ausgegeben und auch noch zumeist für leckeres Essen, nicht für das nächste materielle Geschenk für Tante Inga, das halbherzig und mit einem Klick über Amazon gekauft wurde, weil man das ja so macht, „sich etwas schenken“, aber eigentlich gar nicht weiß, ob Tante Inga denn jetzt auf den ausgesuchten Tarantino-Film steht oder nicht. Das Problem an Weihnachten ist die Tradition des Konsumierens, die sich zwangsläufig mit unserer Konsumgesellschaft und der nach Geld lechzenden Wirtschaft etabliert hat. Unter den meisten Feiernden ist es Gang und Gebe, sich etwas zu schenken. Dabei lassen sich zwei Fälle betrachten: a) Es wird billiger Müll geschenkt, nur, um irgendetwas vorweisen zu können (So wie der Tarantino-Film für Tante Inga – und das soll jetzt keine Beleidigung an Tarantino sein! Tante Inga steht bloß nicht auf Filme und besitzt auch keinen Fernseher, aber das ist

dem Schenker, ihrem Neffen Jochen, nicht bekannt, denn er hat sich eh noch nie wirklich mit Tante Inga unterhalten) oder b) Es wird das meiste Geld ausgegeben, denn Geld bedeutet Liebe, wie wir alle wissen (siehe Opa Hans, der sich jetzt mit einem iPad herumschlagen muss, obwohl er nur am liebsten mal mit seiner Enkelin einen Kaffee trinken gehen würde). Fall c), dass von Herzen geschenkt wird und auch nur dann, wenn wirklich eine gute Idee vorschwebt, scheint seltener. Große Black-Friday-Sales befördern dieses Konsumverhalten. Cool, dann werden nämlich die Weihnachtsgeschenke auch noch meistens aus dem Ausland importiert, und nicht nur der Geldbeutel ächzt vor Verzweiflung, sondern auch die Natur, unsere Erde und die billig bezahlten Arbeiter:innen aus Übersee. Hinzukommt, dass die meisten Geschenke wahrscheinlich auch mit einem Shoppingtrip in die Innenstadt zu besorgen gewesen wären – und da hätte man auch noch lokale Einzelhandel unterstützen können! Der Anteil des lokalen Einzelhandels an privaten Konsumausgaben betrug 2020 nur noch knapp unter 40 Prozent. Das heißt der ganze Rest wird anderweitig ausgegeben, vorzugsweise online. Am Ende liege ich Euch gerne in den Ohren: Schreibt Opa Hans doch mal einen Brief. Schreibt, warum er ein toller Opa ist. Unterhaltet Euch mit Tante Inga, ladet sie ins Kino auf einen Film ihrer Wahl ein. Denn am Ende ist Liebe nicht mit Geld, sondern nur mit gemeinsamer Zeit gleichzusetzen.

:Rebecca Voeste

Medizinstudis als Notnagel?

Die Corona-Pandemie hat die prekäre Lage in vielen Krankenhäusern weiter verschärft. Nicht selten müssen Studierende einspringen.

Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) dürfte vielen Deutschen aus der Seele gesprochen beziehungsweise gefeiert haben, als er während eines Interviews mit dem US-Fernsehsender CNBC im Mai 2020 kaum verhohlen lachte, nachdem die Interviewerin

hauptet hatte, die USA hätten ein „starkes Gesundheitssystem“. Allerdings hat die Bevölkerung Deutschlands angesichts eines zunehmend privatisierten und rationalisierten Medizinsektors selbst seit Jahren mit schwerwiegenden Problemen in der Gesundheitsversorgung zu kämpfen. Ärzt:innen, Pflegende und Gewerkschaften sprechen schon lange von einem Pflegenotstand, nicht erst seit Corona.

Zwar dürfte die Pandemie auch den letzten vor Augen geführt haben, wie „systemrelevant“ Medizin und Pflege sind. Vor allem aber hat Covid19 viele Krankenhäuser wieder einmal an den Rand der Überlastung gebracht, wenn nicht sogar darüber hinaus. Vor allem im März und April 2020, als überall in der Bundesrepublik für die überlasteten Pfleger:innen geklatscht wurde, riefen zahlreiche Kliniken nach Hilfe. Dabei richteten sie sich vor allem an ausgebildete Pfleger:innen, aber auch an Medizinstudierende. Auch in den letzten Tagen und Wochen mehren sich wieder derartige Hilferufe, vor allem in Bayern und Sachsen, aber beispielsweise auch in Brandenburg oder Baden-Württemberg. In Hessen hat

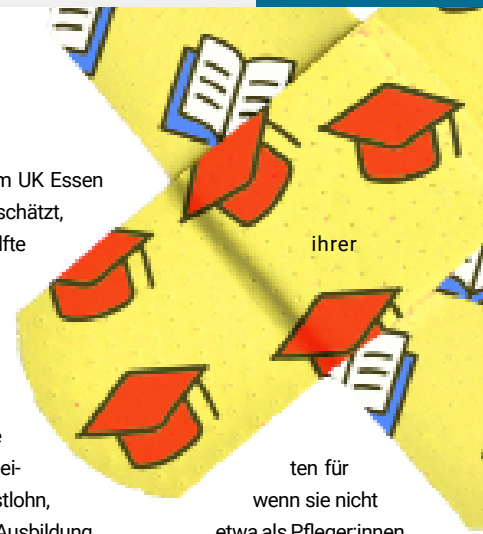
ein derartiger Appell des Uniklinikums Gießen und Marburg (UKGM) nun für Kritik der Medizin-Fachschaft der Uni Gießen gesorgt.

In einer öffentlichen Stellungnahme kritisieren die Medizinstudis, „dass man uns gegen das Stammpersonal der Pflege ausspielt. Wir wollen nicht dazu beitragen, dass die bestehenden Missstände in der Pflege weiter gefestigt werden.“ Bereits während vergangener Infektions-Wellen habe der Einsatz von Studentischen Hilfskräften (SHKs) die akute Notlage „überbrückt und abgepuffert“, es sei darüber hinaus jedoch nichts gegen den Pflegenotstand und namentlich die miserablen Arbeitsbedingungen im Krankenhaus unternommen worden. „Es ist kaum ein Versuch unternommen worden, Kolleg:innen der Pflege zu halten oder die Menge der Überlastungsanzeigen zu reduzieren“, heißt es. Studierende kurzfristig einzustellen sei „aus wirtschaftlicher Sicht sehr praktisch. Wir sind flexible Arbeitskräfte, die kaum über den Betriebsrat organisiert sind und befristet eingestellt werden.“ Viele seien vor allem da, um zu helfen. Diese Solidarität werde vom UKGM ausgenutzt, um sich die Festanstellung von mehr Pflegekräften zu sparen. Dabei betont die Fachschaft ausdrücklich, dass sie die solidarische Haltung auf Seiten der Studierenden begrüße.

Auch die Unikliniken (UKs) in Bochum und Essen haben zu Beginn der Pandemie Hilferufe ausgegeben. Wegen der hier vergleichsweise glimpflich verlaufenden Entwicklung war man aber offenbar zumindest auf studentische Hilfe weniger angewiesen, erzählt Nicole (25), die an der Uni Duisburg-Essen Medizin studiert und seit rund vier Jahren als SHK in verschiedenen Bereichen sechs bis acht Stunden

die Woche im UK Essen arbeitet. Sie schätzt, dass die Hälfte Kommiliton:innen nebenbei im Krankenhaus jobben. Die meisten arbeiten Mindestlohn, bereits eine Ausbildung oder Rettungssanitäter:innen abgeschlossen haben und entsprechend mehr verdienen. Seit Corona müssen SHKs zunehmend mehr organisatorische Aufgaben übernehmen, wie telefonieren, Fragebögen drucken, Datenbanken ausfüllen oder am Empfang Fieber messen. Auch die Studis, die gerade ihr Praktisches Jahr (PJ), kurz vor Abschluss ihres Studiums, absolvieren, wurden flexibler eingesetzt. „Gefühlt war die Situation in Essen für die PJler aber entspannter als zum Beispiel in Bayern“, meint Nicole. Trotzdem habe man als Medizinstudi manchmal das Gefühl, „als, meist kostenlose, Arbeitskraft ausgenutzt zu werden“. Zudem habe sie mitbekommen, dass die Einarbeitung seit Corona schlechter geworden sei. „Die Betreuung von Corona-Patienten ist kompliziert und erfordert gut ausgebildetes Fachpersonal, das nicht einfach zu Krisenzeiten von Studenten ersetzt werden kann“, ist sie überzeugt.

Bild und Text :Leon Wystrychowski



Einen Schritt zurück

Die Ruhr Universität sattelt unter dem aktuellen Inzidenzwert wieder auf Online-Lehre um.

Die Rückkehr an den Campus schürte in vielen Angestellten und Studierenden die Hoffnung, nach nun mehr insgesamt anderthalb Pandemie Jahren zu ihrem gewohnten universitären Alltag zurückzufinden. Nach knapp zwei Monaten ermöglichter Präsenzlehre, wird das Aufgebot der RUB wieder reduziert. Mit den herannahenden Wintermonaten stieg die Inzidenz in Deutschland auf über 400 und in Bochum auf über 250. Ein neuer Höchstwert war erreicht, und unter den neuen weitreichenden 2G-Regelungen sinkt die Inzidenz bereits wieder. In einem offenen Brief wandten sich am 13. Dezember der Rektor der Universität, Martin Paul, und die Prorektorin Kornelia Freitag an alle RUBler:innen, um auf eine Kursumstellung an der RUB aufmerksam zu machen, welche das Pandemiegeschehen eindämmen soll.

Nachdem am 8. Dezember 2021 bereits alle Weihnachtsfeiern an der RUB abgesagt wurden, um den Empfehlungen des Robert Koch-Institutes zur Einschränkung von Kontakten nachzukommen, sprechen sich Paul und Freitag in ihrem Brief dafür aus, das Lehrangebot zwar an die pandemische Lage anzupassen, gleichzeitig jedoch die Präsenzangebote stark zu reduzieren. Sie plädieren außerdem dafür, unnötige Kontakte weiter einzuschränken und das Campus-Leben herunterzufahren, sodass bei den aktuellen Präsenzveranstaltungen eine Priorisierung erfolgen und nicht äußerst relevante Veranstaltungen online stattfinden werden. Dieses reduzierte Präsenzangebot wird zunächst bis Weihnachten währen. Das seit dem 29. November 2021 eingerichtete Testzentrum am Studierenden-Service-Center (SSC) bleibt überdies bestehen, um die Präsenzlehre und den Aufenthalt auf dem Campus noch sicherer zu gestalten. Dort können sich Studierende und Bürger:innen jeweils von Montag bis Freitag von 7:30 Uhr bis 18:30 Uhr ohne

Voranmeldung testen lassen. Ferner fand am 12. Dezember ab 10 Uhr eine Impfkaktion im UFO (Universitätsforum Ost) statt. Von weiteren Impfkampagnen an der RUB könnte ausgegangen werden. Wir wünschen allen Studierenden trotz erneutem Rückschlag und Verbannung vor den Laptop ein schönes und lehrreiches Restsemester! Wie sagt man so schön: Zwei Schritte nach vorne, einen zurück. Für die Sicherheit aller.

:Rebecca Voeste



IMPRESSUM

:bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Ron Agethen, Talha Demirci

Redaktion dieser Ausgabe: Artur Airich (afa), Rebecca Voeste (becc), Abena Appiah (bena), Henry Klur (hakl), Kendra Smielowski (ken), Jan-Krischan Spohr (kjan), Leon Wystrychowski (lew), Lukas Simon Quentin (luq)

V. i. S. d. P.: Lukas Simon Quentin

Anschrift:

:bsz
c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum
twitter.com/bszbochum
instagram.com/bszbochum

Auflage: 2.500
Druck: Megadruck Essen

Bildnachweise: S.1 Titelbild: Kjan; S.5 Gucci: CCO; S.7: rund: Rub, Kramer

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser:innen.

DIE AMPEL

Umbruch in der Parteienlandschaft Deutschlands. Zum ersten Mal in der Koalitionsgeschichte der Bundesregierung regiert die Ampel aus SPD, die Grünen und der FDP und löst damit die langjährige Führungsmacht der CDU/CSU ab. Eine neue Führung bedeutet auch neue Konzepte, denen sich die Minister:innen annehmen. Doch wer sind die neuen Gesichter der deutschen Staatsspitze? Wir verschaffen einen kleinen Überblick zu noch meist unbekannten Führungskräften.

Nicht überraschend wurde SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz zum Bundeskanzler der neuen Koalition gewählt. Als Minister für Arbeit und Soziales geht Hubertus Heil ins Amt. Dieser hatte jenes Amt bereits seit 2018 inne und beschäftigte sich in der Zeit der großen Koalition mit dem Tarifrecht und setzte dabei einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Altenpflege um. Neue Innenministerin wird die Sozialdemokratin Nancy Faeser, die sich in ihrer politischen Karriere mit der Aufarbeitung rechtsextremer Verbrechen auseinandergesetzt hat. Ein aus vielen Talkshows bekanntes Gesicht wird Gesundheitsminister, Karl Lauterbach. Im Zuge der Pandemie das Krankenhausystem umzubauen und den Pflegenotstand bewältigen werden zentrale Aufgaben seiner Amtszeit werden und er setzt dabei auf ein wissenschaftliches Fundament. Die ehemalige Bundesministerin für Justiz, Christine Lambrecht, besetzt etwas überraschend den Posten der Verteidigungsministerin und möchte sich den Auslandseinsätzen der Bundeswehr widmen.

Ämter, die sich um Angelegenheiten kümmern, welche uns in der Vergangenheit besonders wichtig waren, sind ebenfalls neu besetzt. Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum, wird sich die neue Ministerin für Bauen und Wohnen und SPD-Parteivize Klara Geywitz stellen müssen. Ihre Expertise lag bislang bei den Finanzen und sie begleitete den Bau des BER-Flughafens. Das Amt für Wirtschaft und Klimaschutz hat Die Grünen Vorsitzender Robert Habeck anvertraut bekommen. Dem wohl wichtigsten Amt für eine grüne Politik, stehen Themen wie erneuerbare Energien und die Bewältigung des Klimawandels bevor. Besonders knifflig ist dabei, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise im selben Schlag unterzubringen. Jedoch tritt Habeck mit einer langjährigen Erfahrung als Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Energiewende ins Amt. Im selben Zug ist neue Umweltministerin Steffi Lemke zu erwähnen, die als Geschäftsführerin der Partei Die Grünen ihr Gespür für grüne Politik bewiesen hat. Das Amt für Familie und Frauen wird die Grünenpolitikerin Anne Spiegel besetzen. Sie möchte sich vor allem für die Anerkennung von vielfältigen Familien-Konstellationen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen. Nicht zuletzt wird auch das Amt für Bildung neu belegt. Von der FDP-Fraktion wird hier Bettina Stark-Watzinger ins Rennen geschickt. Mit überwiegend Erfahrungen im Finanz-Bereich verwundert es zunächst, dass sie diesen Posten anvertraut bekommt. Sie beschäftigte sich in Ihrer Zeit im Haushaltsausschuss mit dem Etat des Bildungsministeriums und setzt sich das Ziel, die Kooperation von Bund und Ländern im Bereich Bildung mehr zu ermöglichen.

:afa

Thema Rente. Rentenkürzungen und eine Anhebung des Renteneintrittsalters soll es nicht geben. Johannes Vogel, stellvertretender FDP-Vorsitzender gab an, dass die FDP den Mindestlohn zur Erhöhung freigegeben hat, damit sie den „Einstieg in die Kapitaldeckung der gesetzlichen Rente durchsetzen konnte.“ Die Koalition will nämlich jetzt in eine ergänzende Aktienrente einsteigen.

Kultur wird groß und breit beschrieben im Vertrag. Sechs Seiten sind nur der Kultur gewidmet, obwohl es kein Ministerium dafür geben soll. „Wir wollen die Kultur in ihrer Vielfalt als Staatsziel verankern und treten ein für Barrierefreiheit, Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit.“

Die mögliche Regierung will an der Schuldenbremse festhalten. Das sieht vor, dass nicht mehr Geld ausgegeben werden darf, als durch Steuern eingenommen wird. Diese Regelung wurde während Corona ausgesetzt und das gilt auch für das Jahr 2022. Das soll sich 2023 wieder ändern. Dann werden die geplanten Investitionen beispielsweise in die Klimapolitik und Digitalisierung spannend, wenn man keine Steuern erhöhen möchte und gleichzeitig an der Schuldenbremse festhalten will.

Die zukünftige Klimapolitik sieht einen Kohleausstieg für das Jahr 2030 vor. Das entspricht eine Vorverlegung von acht Jahren. Um das zu erfüllen, wird ein großer Ausbau erneuerbarer Energien festgeschrieben, also Solarenergie und mehr Windkraftanlagen, sodass Wind und Sonne für 80 Prozent des Stromverbrauchs aufkommen. Gleichzeitig soll Gas nur eine Übergangsquelle werden und der CO2-Preis soll nicht steigen.

Zur Corona-Lage kündigte der Kanzler einen ständigen

Bund-Länder-Krisenstab im Kanzleramt an. Zudem soll es eine tägliche Lagebeurteilung von Expertinnen geben, die sich aus Virolog:innen, Epidemiolog:innen, Soziolog:innen und weiteren Wissenschaftler:innen zusammensetzt. Außerdem kommt die einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Der alterwürdige Mindestlohn war ein Steckenpferd von Scholz. Dieser forderte eine Erhöhung auf 12 Euro im Wahlkampf und machte ihn zur Koalitionsbedingung. Obwohl FDP-Chef Lindner nicht unbedingt ein riesen Fan davon war, konnten sich SPD und Grüne durchsetzen und der Mindestlohn wird auf 12 Euro erhöht werden.

Der von vielen heiß ersehnte legale Verkauf von Cannabis soll in Deutschland eingeführt werden. Natürlich nur an Erwachsene und von lizenzierten Geschäften. Nach den vier Jahren soll evaluiert werden, wie das Experiment gelaufen ist.

Bauen und Wohnen ist den Koalitionsparteien ein zentrales Anliegen, weswegen sie ihm extra ein Ministerium eingerichtet haben. Es sollen 400.000 neue Wohnungen pro Jahr in Deutschland gebaut werden, wovon 100.000 öffentlich gefördert werden. Das sind deutlich mehr als 2020 gebaut wurden.

Das große Thema Migrationspolitik besagt im Koalitionsvertrag, dass Asylverfahren, die Verfahren zur Familienzusammenführung und die Rückführungen beschleunigt werden sollen. Auch der Familiennachzug gehört dazu. Wichtiger Punkt ist, dass mehr legale Zugangswege nach Deutschland geschaffen werden sollen. Neu eingeführt werden soll die Regel, wenn ein Mensch am 01. Januar 2022 schon seit fünf Jahren in Deutschland lebt und nicht straffällig geworden ist, dann kann man eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe bekommen, um dann weitere Voraussetzungen zu erfüllen.

Hohe Ziele wurden für den Bereich Bildung gesteckt. Alle Bürger:innen sollen unabhängig von ihrer Herkunft „beste“ Bildungschancen erhalten. „Gesellschaftliche Teilhabe und Aufstieg solle ihnen ermöglicht werden.“ Dafür soll deutlich mehr Geld für die Bildung ausgegeben werden. Wo sich auch wieder die Finanzierungsfrage stellt.

Zuletzt beschäftigen wir uns mit der Außenpolitik. Geplant ist, ohne Zweifel, eine gestärkte europäische und transatlantische Zusammenarbeit, wobei Europa mehr strategische Souveränität aufweisen soll mit einer „Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat.“ Die SPD war gegen eine Anschaffung bewaffneter Drohnen, doch diesen Punkt haben sie aufgegeben.

:luq